

Reformen sind keine Frage der Gerechtigkeit

Durch Deutschland tobt der Reformstreit. Seit die Agenda 2010 im vergangenen März von Bundeskanzler Gerhard Schröder im Deutschen Bundestag vorgestellt wurde, prallen altbekannte Fronten immer wieder aufs neue aufeinander: Auf der einen Seite die «Modernisierer» mit ihrem Anspruch, Deutschland auf diesem Weg fit für das Zeitalter der Globalisierung zu machen, auf der anderen Seite die «Bewahrer», die nicht einsehen wollen, dass das, was vor 30 Jahren unter der Überschrift Fortschritt entstand, heute Rückschritt sein soll.



*Von Prof. Dr. Michael Hüther
Chefvolkswirt DekaBank, Frankfurt*

Die Schärfe der öffentlichen Auseinandersetzung deutet an, dass es diesmal um mehr geht als die Bewertung einzelner Gesetzesänderungen. Auf der Tagesordnung der politischen Debatte steht die Grundsatzfrage der wirtschaftspolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Agenda 2010 wird letztlich im gesellschaftlichen Alltag nur einen Erfolg bringen können, wenn die damit verbundenen Gesichtspunkte ernsthaft angesprochen werden. Folgende Kernfragen bedürfen der Klärung: Erstens: Warum ist der Druck der Globalisierung so unvermeidlich und so eindeutig? Zweitens: Bedingt die Rückkehr zur Marktwirtschaft eine Abwendung

von moralischer Orientierung im wirtschaftlichen Leben und eine Hinwendung zur Ungerechtigkeit?

Zur ersten Frage: Globalisierung bedeutet, dass sich die Vernetzung zwischen den Volkswirtschaften qualitativ verändert, nämlich verstärkt hat. So erleben wir heute, wie sich durch Kommunikationstechnologien eine neue Form ökonomischen Zusammenwirkens ergibt. Die zeitnahe Verfügbarkeit von Informationen aus und über Märkte in allen Teilen der Welt hat dadurch für jeden einzelnen die Anzahl der bedeutsamen Handlungsmöglichkeiten schlagartig erhöht. Die Tatsache, jederzeit hier und jetzt über die Entwicklungen, egal an welchem Ort der Welt, informiert zu sein, eröffnet Chancen, begründet aber auch Anpassungszwänge. Von dieser Entwicklung sind Investoren und Konsumenten gleichermaßen betroffen: die einen durch erweiterte Entscheidungsspielräume für ihre Investitionen, die anderen durch neue und stets wachsende Angebote. Dabei ist nicht zu verkennen, dass dieser Prozess eine eigene, unumkehrbare Dynamik besitzt. Zu revidieren ist er weltweit nur durch Kriege, für einzelne Länder jedoch auch durch den bewussten und erklärten Verzicht auf die Teilnahme daran.

In der globalen Kommunikationsgesellschaft kann ein Land auf Dauer Wohlstand nur dann halten und mehr, wenn die Innovationskraft entsprechend gesteigert wird; denn die Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen, deren Geschwindigkeit und Intensität die Einkommens- und

Beschäftigungsentwicklung bestimmt, wird letztlich durch die Fähigkeit und den Willen eines Landes getrieben, neuen Ideen Raum zu geben und diese zu fördern. Mit der Senkung der Eintrittsbarrieren zur Selbständigkeit könnten zur Zeit noch schlummernde Potentiale gehoben werden. Ist die Flexibilität der Märkte aber durch Überregulierung eingeschränkt und ist die Neigung gering, innovativ zu sein und Investitionen vorzunehmen, dann vollzieht sich der Wandel der Strukturen nicht mehr reibungslos, sondern führt zu Arbeitsplatzverlusten. Dies ist die Erfahrung der Bundesrepublik seit Mitte der 70er Jahre; seitdem hat der Fortschritt bei der Entwicklung neuer Branchen den Beschäftigungsverlust in den schrumpfenden Branchen nicht mehr ausgleichen können. Der Vergleich mit anderen Volkswirtschaften belegt eindeutig: Mehr Freiheit, weniger Regulierung – kurz: mehr Marktwirtschaft – führen auf Dauer zu mehr Beschäftigung und Wachstum.

Mit Blick auf die aktuell diskutierten Reformvorhaben bedeutet dies: Um die Wachstumslokomotive wieder in Gang setzen zu können und damit die Konjunktur in Deutschland anzukurbeln, aber auch um dem internationalen Vergleich wieder standhalten zu können, sind langfristige, nachhaltige Reformen am Arbeitsmarkt und auch bei den sozialen Sicherungssystemen unumgänglich. So ist beispielsweise die Gesundheitsreform, die gemeinsam von der Bundesregierung und der Opposition auf den Weg gebracht wurde, ein unzureichender Kompromiss,

um die Beitragsätze der gesetzlichen Krankenkassen im kommenden Jahr auf einem konstanten Niveau zu halten. Das Ziel, die Lohnnebenkosten dauerhaft und deutlich zu reduzieren, ist mit dieser Massnahme noch nicht erreicht. Neben Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen ist in diesem Kontext das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform von massgeblicher Bedeutung, denn durch die zeitliche Verschiebung von 2005 auf 2004 kann im Umfeld einer sich stabilisierenden Konjunktur in Kombination mit angebotspolitischen Massnahmen – wie sie in der Agenda 2010 geplant sind – der gesamtwirtschaftlichen Schwäche in Deutschland entgegengewirkt werden. Denn die geringere Steuerlast nährt den Boden für mehr Leistung sowie für stärkere Wachstumskräfte und könnte auf der Konsumentenseite die Nachfrage anregen. Damit die positiven Impulse jedoch nicht im Keime erstickt werden, darf der Staat die Gegenfinanzierung nicht lediglich durch neue Schulden organisieren.

Es verbleibt die grundsätzliche Frage, ob die Rückkehr zur Marktwirtschaft eine Abwendung von moralischer Orientierung im wirtschaftlichen Leben und eine Hinwendung zur Ungerechtigkeit bedingt. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist, und da be-

ginnt das Problem, in der breiten Öffentlichkeit nie besonders beliebt gewesen. Die Ängste haben sich aber in erheblichem Masse im Zuge der Globalisierung verstärkt und auf die Frage zugespitzt, ob und wie wir uns das Ziel der «sozialen Gerechtigkeit» noch leisten können. Die Marktwirtschaft steht unter dem Generalverdacht, unmoralisch zu sein. Dagegen steht unverzagt meine These: Die Marktwirtschaft ist aus mindestens drei Gründen eine moralische Veranstaltung. Die zwingende Verknüpfung von individueller Entscheidungsfreiheit und Haftung fordert einen verantwortlichen Umgang mit Ressourcen und ebenso die Rücksichtnahme auf die anderen (*Verantwortungsethik*). Dieser Grundsatz begründet zugleich ein Gerechtigkeitsverständnis, das erbrachte und im Markt bewertete Leistung zum Verteilungsmass macht (*Leistungsgerechtigkeit*). Zudem ist die Marktwirtschaft nichts anderes als die flächendeckende Umsetzung des fairen, stets alle betroffenen Seiten besser stellenden Tauschprinzips. Dies erfordert für jedes heutige Tun hinsichtlich seiner aktuellen und möglichen künftigen Folgen, wie beispielsweise die Ausbeutung von Rohstoffen, ein Bekenntnis zu dem Gebot, nicht zu stehlen (*Tauschgerechtigkeit*).

Man mag nun einwenden: Dies alles ist graue Theorie, die Welt aber sieht anders aus. Richtig, doch wie sehr geht dieses Anderssein vor allem auf wirtschaftspolitische Fehlgriffe zurück? Mit welcher Gerechtigkeit ist es vereinbar, wenn ein Sozialsystem die Arbeitsunwilligkeit nicht angemessen sanktioniert und dadurch den Eindruck nährt, es sei effizienter, transferabhängig zu sein als geordneter Arbeit nachzugehen? Was für eine Gerechtigkeit ist gemeint, wenn gefordert wird, die Staatsverschuldung auszuweiten, wodurch künftigen Generationen Chancen genommen und der heutigen keine gegeben werden? Welche Gerechtigkeitsidee ist wirksam, wenn der Schlendrian in den Sozialkassen – vor allem im Gesundheitsbereich und bei der Arbeitsverwaltung – nicht angetastet wird, dadurch aber die Mittel für Investitionen in Forschung und Bildung fehlen, wo Deutschland international unter dem Durchschnitt liegt? Es sind keine einfachen Fragen, aber wir können sie nicht mehr aus Ehrfurcht vor dem Sozialstaat negieren. Die notwendigen Reformen werden mehr Beschäftigung nur bringen, wenn sie zu mehr Marktwirtschaft führen. Mehr Ungerechtigkeit bedeutet dies keineswegs. ■

Reforms Are Not a Question of Justness

Germany is in the midst of a quarrel about reform. Since Chancellor Schröder presented his Agenda 2010 in March, well known fronts keep clashing: “Modernizers” on the one hand, who claim to make Germany fit for the age of globalization, and “preservers” on the other, who refuse to admit that what began as progress 30 years ago is antiquated today. In a global communications society, countries can only keep and increase their wealth in the long run by strengthening their innovation prowess. International comparisons clearly prove that more freedom and less regulation – in short: more market economy – lead to higher employment and more growth. With regard to the currently discussed reform plans this means that far-reaching and sustainable reforms on the labor market and in the social safety systems are indispensable.

What remains is the basic question whether a return to a market economy would mean turning one’s back on moral behavior in the economy and instead increasing unjustness. Unfortunately free markets have never been particularly popular among the wide public. Globalization has even increased fears and raised the question whether and how we can afford “social justness”. However, a free market economy is deeply moral because the interrelationship between individual freedom and liability can only work if market participants use resources responsibly and have concern for others. In the end, the necessary reforms will only bring more employment if they lead to more market economy. This does not at all mean more unjustness.